

Mürzzuschlag Heute Morgen

MHM

Information für Mürzzuschlag- Hönigsberg

P.b.b. An einen Haushalt 17520G86U
Erscheinungsort: Mürzzuschlag, Verlagspostamt 8680



Nr.: 91 Oktober 2007

www.muerzzuschlag.kpoe.at

www.promz.isdrin.at



einladend.....



Danke

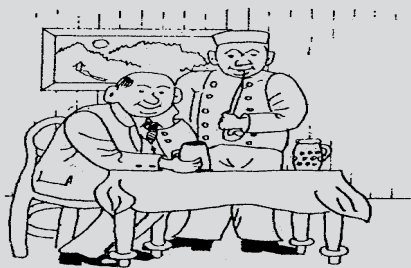
Die KPÖ Steiermark startete dieses Jahr eine steiermarkweite Kampagne gegen "Geschäfte mit der Spielsucht". Ziel war es, mit Hilfe von Unterschriften eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit und gesetzliche Rahmenbedingungen zur Eindämmung der Spielsucht zu erreichen. Auch die KPÖ Mürzzuschlag beteiligte sich mit Infoständen an der Aktion. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen und mich hier bei den 400 UnterzeichnerInnen bedanken. Wir hatten auch die Gelegenheit mit unmittelbar Betroffenen zu reden. Dabei wurde erst das wirkliche Ausmass der Spielsucht für uns begreifbar. Zerrüttete Familien, Schulden ohne Ende, tatsächlich muss hier energisch eingeschritten werden.

Ebenso wie die ungenauen Heizungsabrechnungen ein entschiedenes Eintreten für die MieterInnen erfordert. Nachzahlungen von ein paar Hundert € waren trotz des milden Winters keine Seltenheit. Wir werden uns einsetzen, dass die Abrechnung wieder von der Stadtwerke gemacht wird und nicht von anonymen gewinnorientierten Firmen die irgendwo ihren Sitz haben. Die Kunden haben ein Recht darauf dem zu bezahlen, der die Leistung bringt.

Vielen von Ihnen wird aufgefallen sein, dass es heuer kein MHM Gartenfest gegeben hat. Dies hat hauptsächlich damit zu tun, dass wir keinen geeigneten Termin finden konnten. Nächstes Jahr gibt es das Fest wieder.

Franz Rosenblattl.

Mürzer Stammtisch



„Host schon ghert, mia hom an
neichn Biagamasta!“

"Und wia tut er?"

"Najo, di Opposition lobt'n daweil nou"

"Ah, des wird daun net vül werd'n!"

"Geh´warum?"

"Na, eh klor, denk noch, waunan die aundan lobn, wern
eam seine eigenen Leit zrechtstutzen!"

"Eh woahr, host Parteifreind, brauchst da deine Feind
neamma suach'n!"

Der Horror geht weiter: Wiederum zweifelhafte Heizkostenabrechnungen

Mit Bangen erwarten die MieterInnen Jahr für Jahr den Zeitpunkt, wo die jährliche Heizkostenabrechnung ins Haus flattert. Wer meint, dass diese Abrechnungen endlich einmal seriös und vor allem nachvollziehbar sind, irrt gewaltig. So gab es zum Beispiel MieterInnen, die trotz des milden Winters gleich viel wie im ganzen Jahr an geleisteten Beiträgen (!) nachzahlen mussten. Reklamationen werden, wenn überhaupt- erst nach langer Zeit behandelt.

Wieso der größte Wärmelieferant, unsere Stadtwerke, nicht die Abrechnung selbst macht, bleibt völlig unverständlich, scheint aber, wie "Der Konsument" feststellt modern zu sein. Ganz abgesehen von den zusätzlichen Arbeitsplätzen bei der Stadtwerke würde eine Abrechnung des Energieerzeugers selbst für alle Beteiligten günstiger ausfallen. Wir zitieren den "Konsument" :

"Das Beispiel (...) ist nur eines von vielen. In den meisten Fällen, in denen sich Mieter wegen plötzlicher Mehrkosten an den Verein für Konsumenteninformation (VKI) wenden, wird die Heizkostenabrechnung nicht direkt vom Fernwärmeerzeuger besorgt. Immer häufiger wird ein Kontraktor dazwischengeschaltet. In den meisten Fällen liefert der Fernwärmeversorger das Heizmedium (heißes Wasser) bis zur Übergabestation im Haus. Eine weitere Firma übernimmt die Abrechnung: Sie schickt einmal pro Jahr die Ableser in die Wohnungen und berechnet aus deren Angaben, wie viel jeder einzelne Haushalt zu bezahlen hat. Oder man begnügt sich überhaupt mit einem mathematischen Näherungsverfahren. Etliche dieser Firmen sind international tätige und börsennotierte Unternehmen (techem, viterra)."

In den angeschlossenen Ein- und Mehrfamilienwohnhäusern, Geschäftslokalen und anderen Häusern unserer Stadt wird sehr wohl die Abrechnung von der Stadtwerke durchgeführt. Wieso nicht auch bei den Mietwohnungen?

Betriebskostenabrechnung ÖWG Stadtplatz

Die Mitglieder des Mieterschutzverbandes konnten, vertreten durch Frau Mag. Sirk, noch im Kompetenzbereich der Schlichtungsstelle, ein für alle Beteiligten zufriedenstellendes Ergebnis erzielen.

Was lernen wir daraus?

Betriebskostenabrechnung genau überprüfen.

Im Zweifelsfall Mieterschutzverband kontaktieren und beitreten. (sehr günstige Gruppenmitgliedschaften)

Nicht einschüchtern lassen von „MÄCHTIGEN“ wie Einzelpersonen, Genossenschaften, Institutionen, Behörden, Beamten, Doktoren und anderen Ehrfurchteinflößern.

— Und das Wichtigste

GEMEINSAMES AUFTRETEN MACHT STARK!

Spruch des Tages:

„Es ist gut Land und Leute einnehmen, wo kein Widerstand ist.“

Mag. Christina Degenhart



Die letzte Gemeinderatssitzung fand am 1. Oktober statt. Es war dies die zweite mit dem neuen Bürgermeister Rudischer. Bemerkenswerterweise gab es bei dieser Sitzung nur einstimmige Beschlüsse. Dies hat weniger mit einer "Schonfrist" gegenüber dem neuen Bgm zu tun als mit der Tagesordnung, die keinerlei "problematische" Inhalte aufwies. Abgesehen von der Fragestunde verlief diese Zusammenkunft völlig unspektakulär.

Heizkostenabrechnung

proMz GR Rosamaria Zink wies wieder einmal auf falsche Heizkostenabrechnungen hin und stellte die Anfrage, ob nicht die Stadtwerke selbst die Abrechnung vornehmen will. Dies hätte mehrere Vorteile, so würden Geld und Arbeitsplätze in Mürzzuschlag bleiben und etwaige Ungereimtheiten könne man vor Ort erledigen.

Antwort: Es werden Gespräche mit der Stadtwerke aufgenommen werden.

Die zweite Frage betraf die gemeindeeigene Hausverwaltung. GR Zink: "Ich wurde schon mehrmals von Mietern über ein unfreundliches Entgegenreten der Hausverwaltung hingewiesen. Wenn auch diese Arbeit, vor allem mit aufgebrachtten Bürgern, schwierig ist, so rechtfertigt dies den eingeschlagenen Ton nicht.

Antwort: Bgm Rudischer wird ein Gespräch führen.

Grazerstraße

proMz GR Wilfried Ledolter machte wieder einmal die Grazerstraße zum Thema. Der allgemeine Zustand ist ja leidlich bekannt. Wann gedenkt die Gemeinde und das Stadtmarketing dort einmal was zu tun. Die Verkehrsbelastung ist unerträglich und für das Stadtmarketing hört Mürzzuschlag beim Hauptplatz auf. Außerdem ist das "Wallnerhaus" ein riesiger Schandfleck.



Antwort: Bgm Rudischer wird mit den Besitzern Kontakt aufnehmen.

Vizebgm Lendl meinte zur Verkehrssituation, dass es einen alten Landtagsbeschluss über eine Umfahrung gibt.

Die zweite Anfrage betraf eine zu errichtende Bushaltestelle beim Lidl bzw Herbitschek. Ebenfalls forderte er Zebrastreifen bei den Bushaltestellen in Hönigsberg (Holzbauer und Baumax)

Antwort: Die zuständigen Stellen (Landesstraße) finden einerseits zu wenig Frequenz und wollen außerdem nicht überall Fußgängerübergänge.

Anmerkung der Red.: Hier muss entschieden Druck gemacht werden. Wenn der erste Unfall passiert ist- ist es zu spät. Diese Ignoranz der zuständigen Behörden ist unverantwortlich!

Veranstaltungschaos

proMz GR Franz Rosenblattl wies auf das herrschende Terminchaos bei Veranstaltungen in unserer Gemeinde hin. So gab es heuer schon Tage, an denen bis



zu 7 Veranstaltungen durchgeführt wurden. Einerseits ist ja jeder Veranstalter interessiert möglichst viele Gäste oder Zuschauer zu haben, andererseits ist es für Interessierte nicht mehr überschaubar. Daher sollte eine Struktur geschaffen werden, die es Veranstaltern ermöglicht "günstige und freie" Termine zu finden und schon längerfristig zu planen. An diesen, erst zu schaffenden Strukturen mit klaren Richtlinien, haben sich dann die Veranstalter auch zu halten- wenn sie eine finanzielle Förderung oder Werbung der Gemeinde wollen. Die Koordination sollte dann ausschließlich bei diesem "Veranstaltungsmanagement" liegen.

SAG Spielplatz Hönigsberg

proMz GR Rosenblattl stellte schon bei der letzten GR Sitzung die Anfrage ob eine Wiedererrichtung des Spielplatzes in der Zimmersdorfasse möglich wäre. Nachdem Bgm Rudischer zu Beginn der Sitzung meinte dass dieser Platz im Eigentum der SAG wäre, meinte GR Rosenblattl, dass hier dann eben die Gemeinde die Kosten (Versicherung und Spielgeräte) tragen müsse.

Antwort eines Hönigsberger SP-Gemeinderates: Dort halten sich sowieso nur 20jährige Ausländer auf, außerdem haben wir einen schönen Spielplatz in der Birkengasse....



Sportstättenkonzept

Ein interessanter Tagesordnungspunkt der Sitzung war die Vorstellung und Auftragsvergabe des Sportstättenkonzeptes. Der Vorsitzende des Sportausschusses Baumer referierte über die geplanten Arbeiten an der Freisportanlage in der Grünen Insel und beim Sportzentrum. Die längst fällige Renovierung der Leichtathletikanlage wird endlich in Angriff genommen. So soll es neben der 400m Laufbahn eine neue Sprintanlage entlang der Tribüne geben. Dies erfordert eine geringe "Verrückung" des Fußballfeldes in Richtung Kaiserstein. Die Sprecher der Opposition lobten das vorgelegte Konzept. Unser einziger Kritikpunkt: Die Kosten für einen Holzzaun (Sichtschutz zur ehemaligen Schachner Hauptschule) von 22.000 € sind zu hoch. Der neue Eislaufplatz soll dann neben dem Sportzentrum errichtet werden. Dies habe den Vorteil, dass die Infrastruktur der Sporthalle genutzt werden könne.



Schulstraße

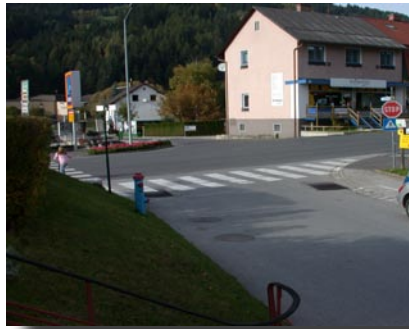
Ein Tagesordnungspunkt betraf eine Änderung des Flächenwidmungsplanes. Auf der Wiese in der Schulstraße (gegenüber der Kegelbahn) beabsichtigt die Fa Kohlbacher mehrere Ein- und Zweifamilienwohnhäuser zu errichten. Da diese Wiese als Freiland ausgewiesen ist, war ein Gemeinderatsbeschluss notwendig.



Wie angekündigt wird in dieser Nummer der MHM unser Ortsteil Hönigsberg die gebührende Aufmerksamkeit erhalten.

Kanalsanierung

Der Regenwasserkanal am Beginn der Schulstraße ist unterdimensioniert, dies hat zur Folge, dass bei Regen eine Überquerung ohne nasse Füße kaum möglich ist. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen.



Abwanderung der Fa Hofer

Das alte Gerücht, Hofer baut zwischen Hönigsberg und Mürzzuschlag neu, nimmt nun doch konkrete Formen an. Warum diese Übersiedelung stattfindet kann nur die Firmenphilosophie der Supermarktketten begründen.

Auf alle Fälle ist es für die HönigsbergerInnen ein großer Nachteil, ist man jetzt wieder auf ein Fahrzeug oder auf einen Bus



An Parkplatzmangel kann es nicht liegen....

angewiesen (der dann auch hoffentlich eine Haltestelle bekommt). Bleibt nur zu hoffen, dass vielleicht doch ein anderer Lebensmitteldiskonter das Areal übernimmt.

Jugendraum

Dass der Jugendraum in der Bücherei schon im Vorhinein zum Scheitern verurteilt war, war auf Grund der örtlichen Besonderheiten klar. Was soll ein Jugendtreff in den Räumen einer Bücherei! Was wir befürchteten trat ein, das Argument: "Die Hönigsberger Jugend braucht keinen Treffpunkt- wir haben es probiert- es ist gescheitert- nun diskutieren wir nicht mehr", folgte auf den Schritt.

Es ist aber nicht so. Wo sollen die Jugendlichen sich aufhalten, in Gast- oder Kaffeehäusern, in den Eishütten oder auf dem Kinderspielplatz? Nirgends haben sie Platz- sie sind ja noch nicht so zahlungskräftig um ständig in einem der (zugegeben) vielen Lokale Hönigsbergs rumzuhängen.

Ähnlich ist die Situation bei den Migranten. Dass in Hönigsberg der Anteil der ausländischen Personen recht hoch ist, ist Fakt. Dass diese wiederum sich nicht in Lokalen versammeln

(können) ist anscheinend außer, den HönigsbergerInnen jedem egal. Hier hat es den Anschein als machen einige mit den Migranten auf Kosten der Öffentlichkeit ein großes Geschäft- Draufzahler sind die Hönigsberger sowohl als auch die sogenannten "Ausländer". Ein Treffpunkt für MigrantInnen wäre eine Lösung für so manches Problem, dass sich in Leben miteinander ergibt.



Bushaltestellen

Schon mehrmals blitzten Initiativen bezüglich notwendiger Zebrastreifen bei den Bushaltestellen Birkengasse und Holzbauer mit fadenscheinigen Begründungen ab. Es ist grob fahrlässig ein "Unfallrisiko" an einer Frequenz zu messen. Ob jetzt statistisch 20 Personen vom Bus aussteigen und die Straße ohne Sicherung überqueren oder nur 2 ist vollkommen egal.



Es geht um die Sicherheit jeder/s Einzelne/n. Das andere Argument, welches von der zuständigen Behörde ins Treffen geführt wird, ist die "Vielzahl" an vorhandenen Zebrastreifen. Da täten die Verantwortlichen sicherlich besser daran wenn

sie den Schilderwald ausforsten würden, als den Sparstift bei notwendigen Sicherheitseinrichtungen anzusetzen.

Parkplatzmisere

Die fehlenden Parkplätze, vor allem in der Neubaugasse oder in der Schulstraße sind ein großes Problem. Da diese Straßen sowieso schon ziemlich eng sind und die Anzahl der Autos eher zu- als abnehmen wird, wären Lösungen gefordert. Ein Vorschlag wäre, das desolante Konsumgebäude zu schleifen und stattdessen moderne Garagen

(wie jetzt beim Köckbetriebsgebäude) und Abstellplätze zu errichten.

Hier gilt es mit der SAG gemeinsam nach weiteren Möglichkeiten und freien Flächen zu suchen um die Autos von den Gehsteigen wegzubekommen.



Casino

Ohne Casino wäre Hönigsberg nicht Hönigsberg. Die Vereine und die Bevölkerung brauchen einen Veranstaltungssaal und bräuchten Klubräume. Die angedachten Varianten mit dem Turnsaal oder mit dem alten Hofer-Gebäude sind keine Alternativen. Überlegenswert wäre sicher der Umbau des ehemaligen Hotelbereiches in ein Wohnhaus in dem für ältere Personen das sogenannte "Betreute Wohnen" ermöglicht wird. Der Gasthausteil sollte wenn möglich unbedingt verpachtet und neu renoviert werden. Fakt ist: Die HönigsbergerInnen brauchen das Casino und haben ein Recht auf ein Veranstaltungs- und Kommunikationzentrum!



Heizkostenabrechnung neu – und wieder falsch

Auch in der Wohnhausanlage Obere Bahngasse 6-12 dürfte ein böser Hauskobold sein Unwesen treiben. Denn mit der Heizkostenabrechnung stimmt es schon seit 4 Jahren nicht mehr. Jedes Jahr mussten Korrekturen vorgenommen werden. Die Mieter, die jedes Jahr die Heizkostenabrechnung mit gemischten Gefühlen erwarteten, sind verzweifelt und werden von Jahr zu Jahr mehr verunsichert.

Drei Firmen – Viterra, Ista und zuletzt Messtechnik – waren nicht in der Lage die Heizkosten korrekt abzurechnen. Dieses ständige Durcheinander veranlasste mich bei einer Gemeinderatssitzung anzufragen, „ob es nicht endlich möglich sei eine Firma mit der Heizkostenverrechnung zu betrauen, die in der Lage ist, diese **korrekt und fehlerfrei** abzuwickeln“.

Der Weisheit letzter Schluss war die Montage von digitalen Wärmemengenzählern, die zum Unterschied der Verdunstungsröhrchen genau zählen – wenn sie richtig adjustiert sind. Und siehe da, die Abrechnung für 2006/2007 war wieder falsch, und sie muss wieder korrigiert werden.

Bei der GR-Sitzung vom 1.10.2007 habe ich dieses leidige Thema wieder zur Diskussion gebracht, und gleichzeitig die Anfrage gestellt ob die Mürzer Stadtwerke die Heizkostenabrechnungen für alle gemeindeeigenen Miethäuser übernehmen könnten. Die Vorteile liegen auf der Hand. Die Betreuung wäre in der Stadt, Reklamationen könnten kurzfristig erledigt werden, Techniker wären jederzeit verfügbar.

Mein Vorschlag wurde positiv aufgenommen, „man wird die Sache überdenken“ und der zuständige Vizebgm Juricek wird mit den Stadtwerken die Möglichkeiten besprechen.

Nun zu etwas Anderem. Alle Jahre wieder treffen wir uns, die ehemaligen Klosterschülerinnen aus Laxenburg, zu einem gemütlichen Beisammensein, mit Tratsch und Gedankenaustausch.

Heuer habe ich eingeladen, in meine Heimatstadt Mürzzuschlag. Wir wohnten im Gasthaus Steinbauer; die Wirtsleute und das Personal betreuten uns ausgezeichnet – alle waren sehr zufrieden (diese Pension kann man jedem weiterempfehlen).

Neben Ausflügen aufs Alpi und nach Neuberg, stand auch eine Stadtbesichtigung auf unserem Programm. Wintersportmuseum und Kunsthaus fanden reges Interesse, wenn auch die Glasfassaden im alten Stadtkern „gewöhnungsbedürftig“ sind, wie einige von uns



feststellten. Abgesehen vom lästigen Durchzugsverkehr in unserer Wohnstraße waren meine Damen von der Altstadt mit den geschmackvoll restaurierten Hausfassaden begeistert.

Den Abschluss bildete ein Spaziergang über den Stadtplatz. Betroffenheit machte sich breit. Der allgemeine Tenor: „Was haben sich die Stadtväter dabei gedacht, in diese grüne Stadt diesen grauen Fleck hineinzuputzen“. Auch ich konnte es nicht erklären - leider.

Rosemarie Zink

Lärm schadet der Gesundheit

Ein lärmreicher Sommer ist zu Ende gegangen. Zahlreiche Events haben mit ihren lauten musikalischen Unterhaltungen vielen Bewohnern bis in die frühen Morgenstunden den Schlaf geraubt. Des einen Freud, des andern Leid. Man sollte aber bei den Bewilligungen solcher Veranstaltungen nicht nur an das Wohl gewisser Gastwirte denken, sondern auch an ältere Menschen, Kinder und Berufstätige, die am nächsten Morgen zur Arbeit müssen.

Ein weiteres massives Lärmübel sind hunderte Biker, die an schönen Wochenenden zweckfrei und nur zum Spaß durch die Grazerstraße Richtung Mariazell dröhnen.

Auch extrem laute Mopeds können nahezu ungehindert ganze Stadtviertel, die Innenstadt und die Wohnstraße mit Lärm und Abgasen beglücken.

Ist es nicht grotesk, dass es zwar eine Lärmschutzverordnung der Gemeinde gibt, die das Rasenmähen an Samstagen, Sonn- und Feiertagen verbietet, (mit Geldstrafen bis zu EUR 218.- oder Arrest bis zu 2 Wochen), während sich hunderte der wesentlich lautereren Motor-Bikes und Mopedfahrer ungehindert austoben können?

Die Hersteller müssen vom Gesetzgeber gezwungen werden, diese Fahrzeuge leiser zu machen, da es sich dabei um eine fahrlässige Gesundheitsgefährdung für einen Großteil der Bevölkerung handelt.

Nicht umsonst wird in vielen Gemeinden, ähnlich dem "autofreien Tag", am "Tag gegen den Lärm", dieses Übel der modernen Zivilisation, unter Einbeziehung von "Lärmspezialisten" (d.h. Akustiker, Physiker, Ingenieure und andere Naturwissenschaftler, Mediziner, Psychologen, Schulen, Hörgeräteakustiker, Audiologen und andere Institutionen, die sich mit Lärm, Lärmfolgen und Lärmwirkungen beschäftigen) thematisiert.

Am 16. April 2008 wird weltweit der "Tag gegen den Lärm" stattfinden und wir hoffen, dass sich unser Umweltausschuss auch dieses Themas annehmen wird.

Machen Sie mit bei *Ein Tag gegen Lärm - International Noise Awareness Day*, indem Sie die „**15 Sekunden Ruhe**“ an diesem Tag um **14.15 Uhr** beachten und möglichst viele Ihrer Bekannten auch davon überzeugen dies zu tun.

Auch die Exekutive ist gefordert durch verstärkte Kontrollen dem Gesetz genüge zu tun!

Zur Erinnerung: Für das Zusammenleben der Menschen eines Staates werden feste Regeln gebraucht. Solche Regeln heißen Gesetze. Sie müssen von allen befolgt werden!

Ein Gesetz zum Schutze der Bürger ist jedoch nur so gut, wie seine Durchsetzung und Kontrolle!

Die Polizei ist ein Exekutivorgan des Staates. Sie hat die Aufgaben, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, den Verkehr zu regeln bzw. zu überwachen und als Strafverfolgungsbehörde strafbare und ordnungswidrige Handlungen aufzudecken.

Das Bedürfnis nach Ordnung und Sicherheit ist in der Bevölkerung weitaus größer, als viele „Wegschauer“ und „Beschwichter“ ahnen.

Wenn diesem Bedürfnis nicht Rechnung getragen wird, darf es, da es noch dazu der Bevölkerung massiv an Zivilcourage fehlt, niemanden wundern, dass der Ruf nach zivilen Ordnungshütern zur Unterstützung der Polizei immer lauter wird.

Mag. Wilfried Ledolter



Reizthema Verkehr

Auf Grund der Verkehrssituation (z.B.: geringe Straßenbreite, Einführung der Rechtsregel, nicht vorhandene Gehsteige auf stark frequentierten Straßen sowie die Reduzierung von Verkehrslärm für Anrainer) hat sich die Stadtgemeinde Mürzzuschlag

schon vor Jahren entschlossen, auf Mürzzuschlags Straßen eine verkehrsberuhigte Zone mit V/max. 30km/h einzuführen. Eine Maßnahme, die wir als Anrainer einer Durchzugsstraße (Pretulstraße) als sehr positiv empfanden.

Bedauerlicherweise mussten wir in den letzten Jahren feststellen, dass sich sehr wenige motorisierte Verkehrsteilnehmer an die vorgeschriebene Geschwindigkeit halten. Durch uneinsichtiges und rücksichtsloses Rasen in verkehrsberuhigten Zonen kommt es einerseits zur massiven Gefährdung von Schulkindern, Fußgehern, Radfahrern und andererseits zu verstärkter Verlärmung in den Ballungsgebieten.

Auch die fehlende Präsenz der Exekutive sowie die in der Vergangenheit liberale Haltung unserer Gemeindevertretung gegenüber Rasern in verkehrsberuhigten Zonen trägt ihres dazu bei. Prekär ist die Situation bei den Mopedlenkern. Mit Höllenlärm und einer Portion Narrenfreiheit („Polizei gibt's eh koane“) werden Mürzzuschlags Straßen als Rennstrecken benützt. Zurück bleiben vergräme BürgerInnen, die in dieser Stadt in den Belangen Verkehr, Umwelt und Sicherheit an Lebensqualität eingebüßt haben. Um diese absolut negative Entwicklung zu unterbinden, erhoffen wir uns als betroffene Fußgänger, Radfahrer und als Anrainer einer Durchzugsstraße vom neuen Bürgermeister gezielte Maßnahmen. (z.B.: Einbau von Barrieren, elektronische Anzeigentafeln, die auch funktionieren sowie rigorose Kontrollen in Kooperation mit der Exekutive)

Auch über eine ständige mobile Radarüberwachung im ganzen Ortsgebiet sollte im Gemeinderat sachlich diskutiert werden. Eine Maßnahme, die in vielen Gemeinden Österreichs mit Erfolg praktiziert wird, und die, in punkto Verkehrsüberwachung offensichtlich überforderte, Exekutive unterstützt.

Hier wird eine private Radarüberwachungsfirma mit der Anzeigenerstattung bei der Bezirkshauptmannschaft beauftragt. Durch geeichte Geräte und geschultes Personal ist diese private Firma berechtigt Radarkontrollen durchzuführen. Eventuelle Mehreinnahmen aus den Strafen (die Überwachungsfirma kostet natürlich etwas) werden für weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung (elektronische Anzeigentafeln, bewusstseinsbildende Maßnahmen, Markierungen etc.) verwendet.

Das Rasen in verkehrsberuhigten Zonen darf kein Kavaliersdelikt sein und sollte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden.

Fam. Meier und davon betroffene Anrainer

Leserbriefe widerspiegeln die Meinung der VerfasserInnen und müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen



meine
Meinung

Hönigsberg

Als Hönigsberger möchte ich zu den Sorgen, Nöten und Vorzügen Stellung nehmen:

1) Ich bin sicher nicht ausländerfeindlich, jedoch ist es besorgniserregend zu beobachten wie unsere eigenen Kinder den Spielplatz

in Hönigsberg nicht mehr frei benutzen können, da sie von ausländischen Kindern beschimpft, geschupst und teilweise sogar geschlagen werden.

Bis vor kurzem hatten die ausländischen Mitbürger, vor allem die Bewohner des ehemaligen Casinos einen näher gelegenen Spielplatz nahe „Schlecker“, dieser wurde jedoch ersatzlos abgebaut und so alles auf einen öffentlichen Spielplatz konzentriert. Das sollte nicht das Problem sein, denn der wäre ja groß genug, jedoch kommt man hier als „Österreicher“ eher unter die Räder als am „Streetsoccer“ Platz!

2) Die Jugendlichen haben hier so gut wie keine öffentlichen Freizeiteinrichtungen, auch das Testprojekt „Jugendraum“ wurde ersatzlos wieder gestrichen, da er seitens der Gemeinde zu wenige Besucher aufgewiesen hat.

Aber mal ganz ehrlich, als Jugendlicher hat man unter „Jugendraum“ oder „Jugendzentrum“ doch andere Vorstellungen als zwischen Büchern zu hocken, aufzupassen, dass man nichts Falsches angreift oder sich zu zehnt einen PC zu teilen, ODER?

3) Die Verkehrssituation, genauer gesagt, die Fahrt als Hönigsberger nach Mürzzuschlag und retour ist Anlass genug ein bis zweimal wöchentlich in die Waschstraße zu fahren, denn die Fahrbahnverschmutzung durch die Erdbewegungsfirmer sind auf Dauer unzumutbar. Man sollte die Gemeinde dazu verpflichten pro PKW einen Waschgutschein im Monat für jeden Hönigsberger zur Verfügung zu stellen, diesen könnte die Gemeinde ja als Aufwandsentschädigung den Firmen in Rechnung stellen, denn landschaftsbildlich ist dies ja auch nicht gerade toll an zu sehen.

4) Abwanderung der Fa. Hofer, dies ist sicherlich für jeden Hönigsberger ein Nachteil, vor allem für diejenigen ohne PKW. Ist da seitens der Gemeinde schon mal mit der Geschäftsführung gesprochen worden? Aber wahrscheinlich ist es dem Stadtmarketing ja so lieber, denn alles, was sich in Richtung Bezirkshauptstadt und Zentrumsnähe bewegt ist



willkommen. Generell sei gesagt, obwohl Hönigsberg keine eigene Gemeinde ist, sondern mit Mürzzuschlag fest verbunden, hat unse-

re Stadtführung einen sehr engen Horizont gegenüber Hönigsberg und dessen Förderung. Man hat richtig das Gefühl als gäbe es ein Konkurrenzdenken anstatt ein Miteinander, nur ein paar Beispiele: Fotos von Kindergartenveranstaltungen im Gemeindeblatt so gut wie nie gewürdigt, Faschingsumzug so gut wie nie erwähnt, Jugendraum bzw. Jugendzentrum nicht tragbar, usw.

Zu den Vorzügen sei gesagt, dass man als Hönigsberger die Gemeinderäte eher selten sieht! ;-)

Leo Nährer



Wohnstraße- die 157igste.....

Keine Angst liebe LeserInnen der MHM, ich wärme dieses Thema nicht schon wieder auf, ich respektiere den Entscheid der Mürzer Bevölkerung voll und ganz! Es war ein Paradebeispiel „direkter Demokratie“ und damals entschied die Bevölkerung über wichtige kommunalpolitische

Dinge! Leider passiert das viel zu selten...

Ich möchte das Geschehene aus einem anderen Blickwinkel durchleuchten. Stellen Sie sich bitte vor, damals hätte die Bevölkerung anders entschieden und es gäbe noch die Mürzer FUZO, im Bereich der jetzigen Wohnstraße.

Sicher, wir – das Bündnis „Pro FUZO“ – hätten einen großen Erfolg gefeiert und es wären erstmals Tränen der Freude geflossen.

Bei jeder Geschäfteschließung hingegen hätten wir von Seiten des Stadtmarketings/SPÖ/ÖVP/FPÖ aber eines auf die Rübe bekommen und wir wären in deren Zeitungen an den Pranger gestellt worden. Nach dem Motto: „Wir haben es ohnehin gewusst, hättet ihr nicht bei den KummerIn unterschrieben – Mürzzuschlag würde aufblühen und jetzt haben wir durch deren Schuld den Scherben auf!“

Franz Rosenblattl müsste sich mit einem Vollbart tarnen, um ungestört und ohne Schimpf und Schande durch die Gassen von Mürzzuschlag schlendern zu können.

Wilfried Ledolter müsste sich um eine Wohnung nahe des Polarkreises umsehen, um nicht auf dem Stadtplatz unter dem Gejohle von Mitgliedern des Stadtmarketings geteert und gefedert zu werden.

Rosemarie Zinks Fahndungsfoto wäre auf dem schwarzen Brett der Gemeindestube, unter dem Titel „Persona non grata“ (unerwünschte Person) und sie müsste fortan von dem Leben, was der obersteirische Wald an Genießbarem so hergibt – sicher, im Sommer ein paar Pilze & Beeren, aber im Winter ein wahrlich hartes Los...

Meine Wenigkeit würde ein Leben in der Mürzer Kanalisation vorziehen – nebst Mangelerscheinungen wie Skorbut o.ä. – denn als der leibhaftige „Fingerzeig völlig verfehlter Kommunalpolitik“ zu gelten. Nach Jahren der Isolation dürfte ich vielleicht wieder ans Tageslicht kriechen und von nun an den Obmann des Stadtmarketings als Messias huldigen...

Geschätzte Leser unserer Zeitung, Sie merken schon, ganz so ernst ist mein Artikel nicht gemeint, aber im Nachhinein bin ich nicht sehr unglücklich, dass der Volksentscheid eben so ausgegangen ist...

Es ist allerdings sehr schade, dass das Geschäftsterben trotz „heilbringender“ Wohnstraße weiter geht – ohne dass jetzt gleich dem Stadtmarketing unter die Nase reiben zu wollen!

Nur, wer bekommt jetzt eine auf den Deckel?

Impressum: MHM
Informationsblatt für
Mürzzuschlag,
Wienerstraße 148, 8680
Mürzzuschlag

My Name is Gusenbauer – Olfred Gusenbauer...

(eine Anlehnung an James Bond)

...genau so stellte sich unser Bundesgusi und Chef der ehemaligen Arbeiterpartei SPÖ in Südamerika – beim Entscheid, wer nun die Olympischen Spiele zugesprochen bekommt – den gespannt lauschenden Zuhörern vor.

Es kam wie es kommen musste – wo Gusenbauer drauf steht, ist heiße Luft drin – die Olympischen Spiele darf ein anderes Land austragen und der „James Bond für Arme“ bleibt uns erhalten... Unser rosaroter Sozialfighter – wie er sich selber gerne nennt - mit James Bond zu vergleichen würde jedoch gewaltig hinken, denn auch eine ausgedörrte Rosine hat mit einem prallen Kürbis nicht viel gemein und sie würden bei Obst- und Gemüsehändlern wohl nur sehr selten für Verwechslung sorgen!

Wenn ich jedoch an ausgedörrte Rosinen denke, fällt mir sofort unsere rotschwarze Regierung ein. Es regieren die Gaukler und anstatt des Parlaments, wäre wohl die Unterbringung des gesamten Regierungshaufens in einem Zirkuszelt angebracht.

Der Sozialminister „glänzt“ mit neuem Haarschnitt und gestutztem Bart mehr, als mit seinen politischen Leistungen! Im Sommerloch forderte er noch mind. 4% Lohnerhöhung für alle ArbeiterInnen – eine Woche später will er die Pensionisten mit einem Bettel abspeisen! Schon irgendwie tragisch, wer in der SPÖ als „Linksaußen“ gilt.

Kommen wir zu meiner „Lieblingsministerin“ von der ÖVP – Andrea Kdolsky, zuständig für Gesundheit, Familie u. Jugend. Sie erscheint öfters in Seitenblickemagazinen/Sendungen als auf der politischen Bühne. (Kein Wunder, auch ich bin öfters auf dem Verschubbahnhof als im Ballettunterricht anzutreffen – Schuster bleib bei deinen Leisten) Diese „Frau Adabei“ glänzt als grazile Tänzerin auf Bällen ebenso, wie bei ihrer, in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Scheidung. Wobei man aber anmerken muss, dass sie noch vor kurzer Zeit bei Interviews sagte, dass ihr die Ehe heilig sei...

Aber seien wir ehrlich, wer kennt sich noch aus bei dem Gebrabbel, dass die Politiker von sich geben – da verschwindet der Unterschied zwischen heilig und scheinheilig mal ganz schnell.

Mich wundert die Politikverdrossenheit überhaupt nicht mehr – im Gegenteil, ich verstehe die Leute!

Bei Interviews geben Politiker Antworten auf Fragen, die nie gestellt wurden und – was noch schlimmer ist – es wird nicht mehr nachgehakt und auf eine Antwort, die sich auf die Frage bezieht, verzichtet!

Der Öffentliche Diskurs ist beendet, es regieren die Gaukler und das dumpfe Volk wird mit Tageszeitungen a la „Krone“ & „Österreich“ und im Fernsehen mit Sendungen wie „Musikantenstadt“ & „Talkshows“ ruhiggestellt!

Traurige Aussichten.....

Wilfried Hintergräber



Holen Sie sich
Ihren **Sparefrohbonus**
ab 22. Oktober!



SPARKASSE

Mürzzuschlag
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

„Kein Geschäft mit dem Glücksspiel“: Schon 11.000 Unterschriften

Spielsucht entwickelt sich zusehends zu einer Volkskrankheit. Viele Menschen hoffen, durch einen hohen Glücksspielgewinn einen Ausweg aus einer tristen sozialen Lage zu finden. Ein enormer Zuwachs an Glücksspielangeboten begünstigt diese Entwicklung.

Gesetzgeber schaut dem Wildwuchs in dieser Branche meist tatenlos zu. Gesetzliche Bestimmungen zum „Kleinen Glücksspiel“ sind zahnlos und können offensichtlich ganz einfach umgangen werden. Im Zusammenhang mit dem „Kleinen Glücksspiel“ hat sich eine Beschaffungskriminalität großen Ausmaßes entwickelt.

Einen Tag vor der Enquete des Landtages zum Thema „Kleines Glücksspiel“ präziserte Ernest Kaltenegger die Forderungen der KPÖ in diesem Zusammenhang.

Notwendig ist die Durchsetzung folgender Bestimmungen:

- Höchstensatz pro Spiel 50 Cent (Automaten dürfen nicht mit Geldscheinen beschickt werden!)
- Mindestspieldauer von 20 Sekunden pro Spiel
- Mehr Schutz von Jugendlichen durch technische Zugangshürden an Spielautomaten und Mindestabstände von 300 Metern von Schulen für Lokale mit entsprechenden Angeboten.
- Abschreckende Mindeststrafen für Glücksspielbetreiber bei Übertretungen
- Erhöhung der Abgaben für die Aufstellung von Spielautomaten auf das Wiener Niveau.

Appell an Bundesregierung:

- Verbot der Werbung für Glücksspiele
- Kreditkartenunternehmungen sollten nach amerikanischem Vorbild keine Zahlungen für Glücksspiel über Internet abwickeln dürfen

Deutlicher Ausbau der Suchtprävention – besonders an Schulen – ist notwendig! Unabdingbar ist auch eine massive Erhöhung bei der Finanzierung von Therapieeinrichtungen! Diese sollte aus den Einnahmen einer höheren Besteuerung und einer Standortabgabe für Wettcafés erfolgen.

Untermauert wird diese Forderung durch das Ergebnis der Unterschriftenaktion „Kein Geschäft mit der Spielsucht!“ Bis Ende September wurde die Initiative von knapp 11.000 Menschen unterstützt.

Die für diese Petition gesammelten Unterschriften werden am 10. 10. um 13 Uhr an Landtagspräsident Schrittwieser übergeben.



Greifvögel statt Eurofighter!

Festveranstaltung

der steirischen KPÖ zum Neutralitätsfeiertag 2007 – für die ganze Familie!

Burg Oberkapfenberg

Fr. 26. Oktober 2007

15.00 Uhr Begrüßung Bürgermeisterin Brigitte Schwarz
Begrüßung LAbg. Ernest Kaltenegger
Ansprache der Grazer Stadträtin Elke Kahr
Lesung: Erich Hackl, Schriftsteller
ab 13 Uhr: gemütliches Beisammensein und Musik mit Chris Peterka

Jugendprogramm Workshop: Globalisierung oder Imperialismus?	Programm Kinderland 60 Jahre Kinderland: Wiedersehenstreffen mit Filmen und Fotos	Gemütliches Beisammensein mit Musik und Liedern, FÖJ Treffen
--	--	---

15 Uhr: Greifvogelflugschau, Eintritt: 4 Euro
18 Uhr: Konzert im Franz-Bair-Heim der KPÖ, Feldgasse 8

ZVP
Zentralverband
der Pensionisten

GLB
Gewerkschaftlicher
LINKSBLOCK

Kinderland
Steiermark

KÖJ

KPÖ
in Stadt und Land

Kinderbetreuung: ab 10.00 Uhr – Kinderprogramm: ab 13.00 Uhr
aus den Bezirken. Anmeldung bei allen KPÖ-Bezirksbüros und
bei der KPÖ Kapfenberg; Tel. 038 62 22 417 oder 0676/613 2771
Eintritt inkl. Fahrt: 5 Euro, Kinder frei

Jugendprogramm: ab 13.00 Uhr
Abendprogramm – Franz-Bair-Heim (18.00 Uhr)
Joe ZANGL, Folksongs //: TSCHOUCOOSA, Alternat
aus Kapfenberg //: TIGERLILLY, Rock n Roll aus Bruck/
The VLADIVOSTOKS, Linker Cubano Ska-Stile aus dem Mar

Asylpolitik: Die unerträgliche Heuchelei der SPÖ-Granden

Innenminister Platter (ÖVP) verteidigte in der ZIB 2 - es war in Wirklichkeit nichts anderes zu erwarten - die jüngsten Abschiebungen von Asylwerbern, die bereits jahrelang in Österreich leben.

Kritik an Platter hagelt es von allen Seiten. SPÖ-Chef Gusenbauer bezeichnet die jüngsten Fälle als „grauslich“, SP-Klubobmann Cap fordert eine „Verordnung für einen humanen (sic!) (Abschiebe-)Vollzug“, Häupl eine Evaluierung der Fremdengesetze. Doch kein SP-Grande hat bisher für eine Gesetzesänderung plädiert.

Wieder einmal versucht die SPÖ-Führung, die Menschen für dumm zu verkaufen. Denn der entscheidende Punkt ist jener, welchen Innenminister Platter angespricht. Gesetze sind dazu da, um exekutiert zu werden. Aufgabe des Innenministers ist es, das Fremdenrecht, welches 2005 auch die Zustimmung der SPÖ erhalten hat, zu vollziehen.

Der Standpunkt von Humanisten und Humanistinnen und all jener, die sich als Linke definieren, kann nur sein: Es geht nicht um Ausnahmeregelungen für Einzelfälle, die es in die Medien schaffen. Eine Totalreform eines Gesetzes, welches jeder Humanität spottet, muss sofort in Angriff genommen werden. Und auch ein Abschiebestopp von „Langzeitintegrierten mit unklarem Aufenthaltsstatus“, wie von den Grünen gefordert, kann nur ein erster Schritt sein. Ein genereller Abschiebestopp ist sofort umzusetzen - denn Menschenrechte sollten in einer Gesellschaft, die sich als demokratisch bezeichnet, Priorität haben und im Mittelpunkt stehen.

Dies ist auch der Grund, warum die KPÖ die sofortige Aufhebung des Fremdengesetzpakets von 2005 fordert. Dies ist

der Grund, warum wir fordern: Asylverfahren müssen nach maximal einem Jahr - mit anschließendem Bleiberecht - beendet sein, die Schubhaft für AsylwerberInnen ist abzuschaffen. Freier Zugang für AsylwerberInnen zum Arbeitsmarkt und Legalisierung illegaler Flüchtlinge sollten ebenso eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Etablierung eines Rechtsstaats ist historisch ein Riesenfortschritt - doch Gesetze, vom Gesetz „Recht bekommen“ und Gerechtigkeit sind nicht identische Sachverhalte. Und die Einhaltung von Menschenrechten (sei es der Schutz bei Flucht vor Verfolgung, sei es das Recht auf Arbeit oder das Recht auf ein menschenwürdiges Wohnen) ist auch in westlichen Demokratien keine Selbstverständlichkeit. Die Festschreibung all dieser formalen Rechte wurde einst langwierig und mühsam erkämpft - dass der neoliberale Kapitalismus „Soziales, Demokratie und Menschenrechte“ auf den „Müllhalden der Geschichte“ entsorgen will, liegt zwar in der Natur der Sache, doch umso entschiedener gilt es Widerstand zu leisten.

Didi Zach, Landessprecher der KPÖ-
Wien